

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung
Anholt-Isselburger Zeitung
Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch Boten gebracht 15,00 M. von der Geschäftsstelle abgeholt 14,50 M. durch die Post bezogen 15,00 M. monatlich. Erscheint täglich ausser Sonn- u. Feiertagen. Geschäftsstellen: Bocholt, Nollstr. 6 (Fernsprecher 62), Rheede: J. Heinrichs, Anholt: W. W. Wolling.

Anzeigenpreis: Für Einzelzeile der 36 Millimeter breite, 1 Millimeter hohe Raum 50 J. Auswärtige 60 J. Tagesanzeigen das Millimeter 2,00 M. Hierfür der jeweilige Teuerungsbezug. Ausl.-u. Angebotsgeb. 1,00 M. Bei Abgabe-gebühren, Kontanten u. v. d. bewilligte Nachsch. hinstell.

Amstlicher Anzeiger des Landratsamts von Bürgermeisterämtern u. Ämtern des Kreises Borken.
51. Jahrgang
Freitag, den 19. Mai 1922
Nummer 117

Das Kompromiß mit den Russen.

U. Genua, 18. Mai. (Dr. Hb.) Das Protokoll für die Haager Konferenz lautet nach den vorgenommenen Änderungen nunmehr:

1. Die Vertreter Italiens, Englands, Rumäniens, Schwedens und der Schweiz stimmen zu, daß eine Kommission ernannt werde, um gemeinsam die Meinungsverschiedenheiten zu prüfen, die zwischen der russischen Sowjetregierung und den anderen Mächten bestehen, und sie stimmen ferner zu, daß diese Kommission, mit einer russischen Kommission, die dasselbe Mandat haben soll, zusammenzutreten wird.

2. Spätestens am 20. Juni werden die in der nicht russischen Kommission vertretenen Mächte die Namen ihrer Delegierten in der russischen Kommission bekannt geben und andererseits die Mitglieder der russischen Kommission den anderen Mitgliedern.

3. Die von dieser Kommission zu behandelnden Fragen umfassen alle Probleme, die sich auf Forderungen, Privatigentum und Kredite beziehen.

4. Die Mitglieder der beiden Kommissionen sollen sich im Haag am 26. Juni einfinden.

5. Die beiden Kommissionen werden sich bemühen, zu gemeinsamen Empfehlungen über die im obigen Artikel 3 erwähnten Fragen zu gelangen.

6. Um es den Kommissionen zu gestatten, ihre Arbeiten in voller Freiheit zu vollziehen und um gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, werden zwischen der russischen Sowjetregierung und den mit der Sowjetregierung alliierten Mächten einerseits, sowie mit den anderen Regierungen, andererseits, Vereinbarungen getroffen, daß man sich gegenseitig jeden Angriff gegen die entsprechenden Gebiete enthalte und keinerlei umstürzlerische Propaganda betreiben wolle. Die Verpflichtung, sich jeden Angriff zu enthalten, wird auch der Beobachtung des gegenwärtigen Status quo begründet sein. Sie soll durch mindestens vier Monate nach Abschluß der Kommissionsarbeiten in Geltung bleiben. Die Verpflichtung bezüglich der Propaganda wird die Regierung dazu anhalten, sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, politische Organisationen in anderen Ländern weder durch finanzielle noch durch andere Mittel zu unterstützen, und auf dem Gebiete der einzelnen Staaten alle Versuche zu unterdrücken, die dazu dienen könnten, Gewalttätigkeiten in anderen Staaten zu verüben oder den territorialen oder politischen Status quo zu stören.

U. Genua, 18. Mai. Mit der von den Russen verlangten Abänderung haben diese das Dokument angenommen. Infolgedessen wird die Vollziehung der politischen Kommission morgen stattfinden, die feierliche Schlußfeier der Konferenz Freitag um 9 Uhr vormittags. Die französische Abordnung wird noch am Freitag nachmittags Genua verlassen.

U. Genua, 18. Mai. Die holländische Regierung hat der Sowjetdelegation in Genua die Befreiung abgelehnt, daß die russische Delegation im Haag dieselben Rechte, Sicherheiten und Erleichterungen erhalten, wie die anderen Delegierten. Nachdem auch die anderen Mächte auf Forderungen eingewirkt hatten, den Widerstand gegen den Haag aufzugeben, willigte die russische Delegation schließlich ein. Die Konferenz beginnt, wie vorgeesehen, am 26. Juni. Es wurden in dem den Russen übermittelten Dokument noch zwei Änderungen vorgenommen. Die eine geht dahin, daß, gemäß dem russischen Antrag, in den Nichtangriffsvertrag alle der Sowjetrepublik verbündeten bzw. angegliederten Republiken eingeschlossen seien. Die zweite geht, entgegen dem Antrag Mottas, der 12 Monate verlangte, die Dauer des Angriffs auf höchstens Neben Monate fest. Diese Zeitpaune verringert sich um soviel Tage, als die Konferenz vom Haag

an der für sie vorgesehenen Zeit von drei Monaten einpaßt. Beendet sie beispielsweise ihre Arbeiten in zwei Monaten, so endet der Waffenstillstandsvertrag schon nach sechs Monaten. Immer vorausgesetzt, daß ein allgemeiner Friede mit Rußland aus der Konferenz entspringt.

Amerika?

U. Paris, 18. Mai. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington äußerte das Staatsdepartement sich offiziell dahin, daß Lloyd George und alle europäischen Politiker sich täuschen, wenn die annehmen, daß die Note Hughes in der russischen Frage die Möglichkeit der amerikanischen Teilnahme an der Konferenz im Haag offen lasse. In Wirklichkeit habe die Hughes'sche Note die Lage in Bezug auf die Haltung Amerikas gegenüber der Sowjetregierung nicht verändert.

U. Paris, 18. Mai. Der Sonderberichterstatter von Havas in Genua berichtet, daß Lloyd George mit der amerikanischen Regierung in Verbindung trat, um ihr Aufklärung über den Charakter der geplanten Sachverständigenkonferenz im Haag zu geben.

U. Genua, 18. Mai. Bei der englischen Delegation erklärt man, daß in der Schlußfeier Lloyd George eine aufsehenerregende Rede halten werde. Die anderen Delegierten würden ihre Reden nicht halten, sondern sie gedruckt der Presse übergeben.

Die Rückkehr des Reichstanzlers.

U. Genua, 18. Mai. Reichstanzler Dr. Wirth und Außenminister Dr. Rathenau werden mit dem jetzt noch in Genua weilenden Teil der deutschen Abordnung am kommenden Dienstag wieder in Berlin eintreffen. Unmittelbar an ihre Rückkehr wird sich eine Kabinettsberatung anschließen und eine Besprechung des Reichstanzlers und des Außenministers mit den Fraktionsführern folgen. Am Mittwoch oder Donnerstag findet dann eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages statt, bei der über die Verhandlungen in Genua Bericht erstattet wird. An die Darlegungen des Kanzlers und Außenministers wird sich eine ausführliche Aussprache anschließen. Damit wird voraussichtlich die Genuaer Konferenz parlamentarisch zunächst erledigt sein, da im Plenum des Reichstages eine Aussprache über die Konferenz von der Regierung nicht vorgelegen ist.

Der Völkerbundsrat.

Der Völkerbundsrat.

U. Genf, 18. Mai. Die Tagung des Völkerbundsrates schloß gestern Abend ihre Arbeiten ab. Sie hatte eine Woche gedauert und ein überaus großes Programm zu bewältigen. Eine Reihe von Fragen wurden verlagert, so die Frage der Anerkennung des englischen Mandats über Palästina und die Frage der russischen Hungersnot, die der Genuaer Konferenz überwiesen wurden. Die wichtigsten Beschlüsse des Rates galten den Danzig-polnischen Auseinandersetzungen; da die Tagung mit dem Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen zusammenfiel und sich mit den Eingaben des Deutsch-polnischen Bundes gegen das von den Polen beobachtete Verhalten zu befassen hatte und wie bisher ohne eine Einigung erzielen zu können, die litauisch-polnische Streitfrage behandeln mußte, stand auch diesmal Polen im Mittelpunkt des Programms. Die Zahl der Deutschland interessierenden Probleme wurde schließlich noch erhöht durch die Anwesenheit einer saarländischen Abordnung, die, wie so oft schon, gezwungen war, mit ihren Beschwerden unmittelbar an die Mitglieder des Völkerbundsrates zu gehen. Einige Mitgliedsstaaten hatten weniger bekannte Persönlichkeiten nach Genf geschickt, die den Verhandlungen nur als Zuhörer beizuhören. Insbesondere traten Balfour, Bourgeois, Marquis Imperiali, auch Matoi, der japanische Bericht-

erstatter über Danzig. Ransen, ein ständiger, für sein Werk der Menschenliebe sich warm einsetzender, ein Gast des Völkerbundes, bildete auch diesmal die markanteste Erscheinung, wurde aber auch diesmal wieder auf andere Instanzen vertrieben. Sein Auftreten hatte immerhin zur Folge, daß auch das russische Volk das große russische Problem sich plötzlich vor dem Völkerbundsrat erhob. Die nächste ordentliche Tagung soll eine Woche vor Beginn der Völkerbunderversammlung im Herbst stattfinden. Morgen wird in außerordentlicher amtlicher Tagung über die Mandatsfrage beraten werden.

Deutsches Reich.

Zusammenbruch des pommerischen Landarbeiters Streiks.

U. Stettin, 18. Mai. Die Pommerische Tagespost meldet aus Lauenburg: Der hiesige Landarbeitersstreik, geführt von dem Deutschen Landarbeiterverband, ist gestern restlos zusammengebrochen. Bundeshilfe und Zusammenhalten der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterschaft und der Arbeitgeber stellten jeden Streikerfolg in Frage, so daß die streikende Landarbeiterschaft über die Köpfe der Verbandsleitung hinweg überall hat, die Arbeit wieder aufnehmen zu dürfen.

Belegung des Moskauer Gesandtenpostens.

U. Berlin, 18. Mai. Die von anderer Seite verbreitete Nachricht, Graf Brodowski-Rangau sei zum deutschen Gesandten für Moskau ausgeschieden, ist unzutreffend, wie die Meldung, die von einer Kandidatur des gegenwärtigen Leiters der Disziplin im Auswärtigen Amt, von Maltzahn, wissen wollte. Die Frage der Belegung des Gesandtenpostens in Moskau ist bisher noch nicht näher erörtert worden. Sie wird erst nach Ratifikation des deutsch-russischen Vertrages akut.

Streik der Versicherungsangestellten in Stettin.

U. Stettin, 18. Mai. Die Versicherungsangestellten in Stettin sind in den Streik getreten um die Anerkennung eines Schiedsspruches zu erzwingen, der ihnen höhere Gehälter gewährt, vom Verband der Versicherungsangestellten aber abgelehnt worden ist.

Rheinische Irene.

U. Bonn, 18. Mai. (Dr. Hb.) Auch die hiesigen politischen Parteien, die Zentrumspartei, die sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutsch-nationale Volkspartei, die deutsche demokratische Partei, veröffentlichten unter dem 18. 5. folgenden Aufruf: „In den letzten Tagen gehen wiederum Gerüchte von Putzverhugen der Sonderbündler durch die Öffentlichkeit. Die Bonner Bevölkerung muß sich nicht veranlassen lassen, das Treiben dieser Verräter und ihrer Hintermänner. Die Führer der Bonner Bevölkerung sind gewillt, jeden derartigen Versuch im Keime zu ersticken. Sie sind dabei der tatkräftigen Unterstützung der Bevölkerung gewillt.“

Jugendfürsorge im Reichstage.

220. Sitzung. Donnerstag 1 Uhr.

U. Berlin, 18. Mai. (Dr. Hb.) Der Entwurf des Schutzes der Urheberrechte von Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika wird auf Grundlage der Gegenseitigkeit in allen drei Lesungen angenommen.

Dann darauf Fortsetzung der Einzelberatungen über den Arbeitshaushaltungsplan und Entschleunigungen betreffs der Jugendpflege.

Abg. Schröder (Soz.) fordert ein Gesetz, wonach die Jugendlichen unter 16 Jahren täglich nur 6 Stunden und die über 16 Jahre nur 8 Stunden arbeiten dürfen. Ebenso verlangt er, Ruhe am Samstag nachmittags und Sommerurlaub. Kinder unter 14 Jahren sollen in gewerblichen Betrieben nicht beschäftigt werden.

Abg. Stener (D. N.) erklärt sich mit den Forderungen einverstanden, soweit sie den Jugendschutz betreffen. Jedoch hält er die Arbeitszeit für zu kurz, um die Lehrlinge in richtiger Weise auszubilden.

Abg. Esser findet die Forderung für den Schuttag unzulässig, ebenso die Forderung, daß Lehrlinge unter den Tarif eines Arbeitsgerätes zu stellen sind.

Abg. Beyer (D. N.): Wir haben alle Ursache, das Gute der alten Zeit für die heutige Zeit zu erhalten. Wir verlangen eine gründliche Ausbildung der Lehrlinge.

Minister Dr. Brauns betont, daß eine schrittweise Gleichstellung der Arbeitszeit in der Praxis nicht durchführbar sei. Er protestiert dann gegen die Forderung des Abg. Moldenauer, der die volle Anerkennung des nationalen Verbundes der Gewerkschaften verlangt hat. Wenn die Koalition auch gut sei, müsse der Zwang unter allen Umständen vermieden werden. In Aussicht steht ein Gesetz über die berufliche Ausbildung von Lehrlingen.

Die Resolution Schröder (Soz.) über das Lehrlingswesen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Darauf folgt die Aussprache über soziales Versicherungswesen. Abg. Kasper (Soz.) wünscht, daß die kleinen Versicherungskassen in die größeren aufgehen. Landarbeiter- und Unfallversicherung muß ausgebaut werden.

Abg. Lam bach (D. N.) tritt für die Einhaltung der Angestelltenversicherung ein.

Nachdem Abg. Karsten (U. S.) sich für schließliche Aufhebung der Bezüge für Rentempfänger ausgesprochen hat, wird das Kapitel genehmigt.

Beim Kapitel Tarifwesen und Arbeiterrecht spricht sich Abg. Kaspermann (U. S.) gegen das neue Bergarbeitergesetz aus.

Abg. Brauns (Soz.) lehnt im Namen der Gewerkschaften den neuen Entwurf der Schlichtungsordnung ab und fordert, daß ein ernstes Wort mit den Arbeitgebern gesprochen werde.

Im Laufe der weiteren Debatte gibt Abg. Moldenauer (D. N.) seinem Besremden über die Stellungnahme des Ministers zum Nationalverband deutscher Gewerkschaften Ausdruck.

Minister Brauns erklärt, ihm liege fern, ein Organisationszwang mit illegalen Mitteln einzuführen. In der weiteren Debatte wird von der äußersten Linken eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit im Bergbau und zwar auf 6 Stunden gefordert. Nachdem das Tarifwesen angenommen und der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Bergbau dem Ausschuss überwiesen war, wurde die Weiterberatung um 9,15 Uhr auf Freitag vormittag 11 Uhr vertagt.

Kurze Nachrichten.

— Berlin, 18. Mai. Der fährliche Diktator von Hirschfeld befindet sich, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wieder in Strafkast.

— Berlin, 18. Mai. In dem Disziplinaverfahren gegen Krenne, Thiene und Diehl ist vom Rechtsanwalt Bahn-Berlin Berufung eingelegt worden. Die Sache wird nunmehr den Reichsdisziplinardhof in Leipzig beschäftigen.

— Belgrad, 18. Mai. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, besteht kaum Aussicht, daß es zwischen Jugoslawien und Italien in dem schwebenden Streitfragen zu einem Einvernehmen kommen wird.

— Paris, 18. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Athen wurde das Kabinett Stratos nach einträglichem Bestehen mit 150 gegen 154 Stimmen durch die Kammer gestürzt.

— Neapel, 18. Mai. Der Ausbruch des Vesuvus nimmt ständig zu. Aus der ganzen Umgebung strömen Menschen herbei, um das großartige Natur Schauspiel zu betrachten. Die letzte Nacht brachte einen besonders heftigen Ausbruch. Der Himmel war durch Feuerbälle erhellt und das unterirdische Rollen, das an Festigkeit dauernd zunimmt, war ständig zu hören. Von drei Regeln erfolgt der Ausbruch. Es werden ständig Steine ausgeworfen. Das Niveau des Lava im Krater ist auf 38 Meter gestiegen.

Volkes.

...den zur
für das
Alter.

...der Kinderreichen
...Anzeige in der
macht. Der Beauf-
...wird in der
Saale des Herrn
den Bezeichnung

...Der
...der landwirts-
...beisammen, sein
...29. Mai d. J. im
...

...Haupt-
...Saale des
...Hauptversammlung
...erfreute sich
...Mitglieder. Nach-
...Herr Graf von
...kommen geheißen
...den Worten des
...gelebten Win-
...in dem der Ver-
...isames und tat-
...zu Ehren des
...die Anwesenheit

...rdnung eingesetzt

...nde-Stiftung wer-
...en. Jedoch müssen
...26. Lebensalter
...nd mit der Dienst-

...die diesjährige
...Zuchtsitten in das
...ag, den 19. Mai
...gung an der Stu-
...ucht sehr zu em-

...Hebung der Kind-
...zu Beschäftigung
...Mai d. J. statt-
...hilfe von 400 M

...des Herrn Dr.
...tlichen Kammer
...Maßnahmen zur
...and allgemeinen
...sich eine längere

...orten, den jährlich
...der Obdubaurse
...auf den jährlichen
...hen, wurde unter
...der Kreis den Zu-
...ebenfalls auf den

...auf 1000 M erhöht.
...berg am Mittwoch
...den Deutschen Land-
...Anmeldungen bis
...am Mittwochabend
...Fahrpreis beträgt
...n. einschl. D-Zug-
...Münster aus auf
...er Anregung aus
...prechend, soll die
...geleitet werden,
...nach Nürnberg
...Samstag Abend

...gen wurde das
...der der der der
...ucht und die Be-
...überlatten be-
...Tagen aus dem
...ine Anzahl guter
...hlich am Samst-
...j Rhede zum Ver-
...eine Überstation

...Eberdesstationen:
...den Landwirten
...den, Solikamp in
...Nehring in Roes-
...für den Westen
...Belting in Herze-
...landsaus in Wül-
...den Linde in Ding-
...e, Bollwerk in

...Vorstehenden die
...sollen.

...Konferenz der
...ngs- und Jung-
...n Gefellenshaue
...elegierte von fast

amlichen Vereinen des Kreises eingeladen. Der
Bezirkspräsident, Herr Kanonikus Friedrichs er-
öffnete die Versammlung und nach einigen Begrü-
ßungsworten sprach er zum ersten Punkt der Tages-
ordnung, der Nürnberger Tagung. Der Sonderzug
fährt am Samstag vor Pfingsten morgens 8 Uhr
von Düsseldorf und ist am Dreifaltigkeitssonntag
abends wieder in Düsseldorf. Die eigentliche Ta-
gung dauert bis Donnerstag. Die übrigen Tage
sind zu Ausflügen nach München, Oberammergau
oder zum Tiroler Verbandsag in Innsbruck aus-
geplant. Die Fahrtkosten betragen 223 M.
Berpflanzung 30-40 M für den Tag. Nachdem noch
auf die Notwendigkeit, Zahl und Namen aller Teil-
nehmer anzugeben, hingewiesen war, wurde zur
Wahl dreier stimmberechtigter Delegierten geschrit-
ten, die sich in wenigen Minuten abwickelte. Als
weiterer Punkt standen Fahrpreismäßigungen der
Reichsverkehrsminister und eine einzuflührende
Unfallversicherung zur Debatte. Anschließend wurde
die Beitragsfrage besprochen und die allgemeine Ein-
führung der Verbandssatzungen dringend empfoh-
len, da sie in erster Linie geeignet seien, die allge-
meine Bildung der Mitglieder zu heben. Aus der
Versammlung heraus wurde die Abhaltung eines
großen allgemeinen Jungmännertages des Kreises
in Bocholt vorgeschlagen, womit die Versammlung
im Prinzip einverstanden war. Lebhafte Bemerkun-
gen wurden geführt über die Handhabung der Vergnü-
gungssteuer, die geeignet sei, die Hilfsmittel, die
Staat und Kreis den Jugendvereinen gewähren,
durch zu ängstliche Ausübung der Steuerordnun-
gen in die Gemeindefassen fließen zu lassen. Die
Junglings-Kommunionen sollen auf Wunsch des
Landes Herrn Bischofs stets am 2. Sonntag des Mo-
nats abgehalten werden und ihnen soll stets ein
Landesvortrag vorübergehen. Der Leiter der D. J.
K. Borden sprach alsdann noch einige Worte über
die Sportbewegung und wies darauf hin, daß es
Ehrenfache eines jeden fath. Jungmannen sei, die
D. J. K. zu unterstützen, da sie der einzige deutsche
Sportverband sei, der in seinen Statuten und seinen
Spielplänen auf die Heiligung des Sonntags Rück-
sicht nehme. In der folgenden allgemeinen Aus-
sprache drohte sich die Debatte hauptsächlich um die
ausführlichen Gewerkschaften. Herr Kanonikus Fried-
richs führte aus, daß eine Organisation zur Füh-
rung des Existentenstempels eine Notwendigkeit sei.
Andererseits dürfe aber dieser Kampf nur im Geiste
des Christentums geführt werden. Seine Ausführ-
ungen führten auf langjährige Erfahrungen und
wurden von ihm mit vielen Beispielen belegt. Be-
sonders scharf geistete er den Terrorismus der so-
zialen Gewerkschaften mit den vielen wunderbaren
lautenden Schlagworten wie z. B. Religion ist
Privatsache u. a. Mit uneingeschränktem Beifall
wurden diesen wenigen aber flammend begeisterten
Worten zugestimmt. Nicht minder begeistert lauschte
die Versammlung den Ausführungen des Vorstehen-
den des hiesigen Ortskreises der christl. Gewerks-
chaften, Herrn Aug. Grömping, die sich durch
seinen Weltbild auszeichneten und überall den
langjährig erfahrenen unüfflichen Praktiker ver-
rieten. Praktische Winke für erprobte Arbeiten
im christl. Geiste gab ein Bocholter Delegierter, der
von der Tätigkeit der dortigen Jugendabteilung
berichtete und ähnliche Einrichtungen für Borken
vorschlug, womit sich der Gewerkschaftsvorstand
im Prinzip einverstanden erklärte. Im Allgemeinen
handelte die Versammlung auf dem Standpunkte, daß
es Ehrenpflicht eines jeden Jungmannen sei, nur
christl. Organisationen anzugehören und daß in allen
Bereichen in diesem Sinne gewirkt werden müsse.
Nach Schluß dieser Ansprache wurde noch auf Exer-
zitenkurse für den westlichen Teil des Kreises hin-
gewiesen, sowie Tagungsart und Zeit für die Herbst-
konferenz festgelegt, worauf die programmatische
Sitzung geschlossen wurde mit dem Jungmannen-
gruß: „Tapfer und Treu“

Turnen, Sport und Spiel.

Der Radfahrer-Verein „Ein Heil“ Bocholt, der
vorwiegend dem Saalsport und dem Wandersport
huldigt, veranstaltet zur Abwechslung und mit Rück-
sicht auf die Beileitigkeit des Sports am Sonntag,
den 28. Mai auf der Strecke Bocholt-Münster-Bocholt
eine Zuverlässigkeits-Radlernfahrt über 165,4 Km.,
bestehend: „Der große Straßenpreis vom Münsterland“.
Teilnahmeberechtigt sind alle Amateure des Bundes
deutscher Radfahrer. Aus Osnabrück, Bielefeld, Bo-
dum, Gelsenkirchen, Essen, Osterfeld, Oberhausen,
Dinslaken, Wesel und anderen Orten haben sich die
besten Kräfte gemeldet und selbst der veranstaltende
Verein wird mit 9 Fahrern, darunter Essing und
Boland, auch Bocholt vertreten. Nicht unerwähnt
mögen wir lassen, daß für die Altersklasse (Fahrer
über 40 Jahre) bis zur Stunde 8 Meldungen vor-
liegen, unter diesen auch der 47jährige Bundes-
Amateur Franz Döring aus Bocholt. Vorgenannter
erzählt bereits im Jahre 1898 die Straßenmeister-
schaft von Rheinfeld und Westfalen und will in die-
sem Jahre — allerdings in der Klasse der alten
Kämpfer — erneut sein Glück versuchen. Den Teil-
nehmern winken schöne Ehrengaben, die im Schau-
fenster der Firma Louis Vallée am Markt ausge-
stellt sind. Wir wünschen dem rührigen Verein einen
großen Erfolg.

Bocholter Wasserportverein 1920 e. V. End-
lich ist der Frühling gekommen und des echten
Schwimmers Herz laßt sich, denn nun kommt auch
der Schwimmport wieder zu seinem Rechte. Gibt
es wohl einen geliebteren Sport, wie gerade das
Schwimmen? Beim Schwimmen kommt der Körper
sowohl wie der Geist auf seine Kosten, der Körper
wird in allen Teilen gleich viel in Anspruch ge-
nommen, aber nicht überanstrengt, der Geist wird
zu neuer Schaffenslust aufgelegt. Durch die Heil-
kraft des Wassers werden frange Körperstelle geheilt,
die Lunge atmet frei eine reine, gesunde Luft ein,
die Poren werden gereinigt und nach dem Schwim-

men läßt sich der Mensch neu beleben. Welche wir
Bocholter haben im Frühjahr besonders das Be-
dürfnis, nach den langen Wintermonaten zu haben,
da wir hier leider noch immer das so nötige Hallen-
bad entbehren müssen. Zur Reinigung des Körpers
genügt schließlich ein Bannbad, aber nicht zur
Gelundung von Körper und Geist, der „gute“ Bo-
cholter Bürger aber sagt einfach: „Wat nei is, is
äwen nei!“ Und damit basta. — Mancher Spazier-
gänger, der an den Tonwerken vorbei nach Rhede-
ging, wird sich wohl über die Änderungen an dem
„kleinen See“ gewundert haben. Die Tonwerke,
die bislang still, umgeben von Nischen und Weiden-
gebüsch, dalagen und von Mägen und Nigen
träumten, sind vom 8. W. B. 20 erworben worden
und werden zu einem modernen Schwimmstadion
ausgebaut. Dank der tatkräftigen Hilfe der Mit-
glieder sind die Arbeiten schon weit vorgeschritten,
sobald der Verein am 5. Juni (Pfingstmontag) die
Einweihung würdig begehen kann. Der Verein
scheut weder Mühe noch Arbeit, um den „kleinen
See“ so auszubauen, daß selbst die größten Schwimm-
feste dort abgehalten werden können. Das „Eröff-
nungsschwimmen“ ist offen für sämtliche Vereine
von Bocholt. So werden sicherlich interessante Wett-
kämpfe bevorstehen. Der Wettbewerb ist am Montag
den 22. d. M., und es findet dann auch die erste
Rampfrichterprüfung statt. Hoffen wir auf ein gün-
stiges Wetter und gute Beteiligung. — Es sei noch-
mals darauf hingewiesen, daß außerhalb der
Schwimmstunden das Baden und Betreten des Ge-
ländes streng verboten ist und daß der Verein gegen
jeden Zuwiderhandelnden strengstens vorgehen wird.
Jeder, der dort schwimmen will und Lust am Wasser-
sport hat, ist im Verein herzlich willkommen. Jung
und Alt, Damen und Herren, treten ein in den
Bocholter Wasserportverein 1920 e. V.

Neueste Nachrichten.

Unterstützungsaktion der Presse.

W.B. Berlin, 18. Mai. (Draht.) Auf
Antrag der deutschen Zeitungsverleger ist ein
Ausnahmestempel für Zeitungsdruckpapier dahin
bewilligt worden, daß bei der Beförderung des
Papiers Tarifklasse B des Eisenbahntariffs
statt Klasse A von jetzt an in Frage kommt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Bocholt.

Bekanntmachung. Satzungsänderung.

Nachstehende §§ erhalten folgende Fassung:
§ 18.

Die haren Leistungen der Kasse werden nach
einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt der
nach der verschiedenen Lohnhöhe stufenweise fest-
gesetzte durchschnittliche Tagessatz der Kassen-
mitglieder bis zu 80 M. für den Arbeitstag. Zur
Festsetzung des Grundlohnes werden die Kassen-
mitglieder eingeteilt in solche, deren Arbeitsverdienst
für den Arbeitstag beträgt:

bis	12 M. Stufe A	20 M. Stufe B	28 M. Stufe C	36 M. Stufe D	44 M. Stufe E	52 M. Stufe F	60 M. Stufe G	68 M. Stufe H	76 M. Stufe I	80 M. Stufe J
von 12,01 Mark bis einschließlich 20	20	28	36	44	52	60	68	76	80	
20,01	28	36	44	52	60	68	76	80		
28,01	36	44	52	60	68	76	80			
36,01	44	52	60	68	76	80				
44,01	52	60	68	76	80					
52,01	60	68	76	80						
60,01	68	76	80							
68,01	76	80								
76,01	80									

Hiernach wird der Grundlohn bis auf weiteres
festgesetzt:

für die Stufe	A auf 8,— Mark	B auf 16,—	C auf 24,—	D auf 32,—	E auf 40,—	F auf 48,—	G auf 56,—	H auf 64,—	I auf 72,—	J auf 80,—
„ „ „	16,—	24,—	32,—	40,—	48,—	56,—	64,—	72,—	80,—	
„ „ „	24,—	32,—	40,—	48,—	56,—	64,—	72,—	80,—		
„ „ „	32,—	40,—	48,—	56,—	64,—	72,—	80,—			
„ „ „	40,—	48,—	56,—	64,—	72,—	80,—				
„ „ „	48,—	56,—	64,—	72,—	80,—					
„ „ „	56,—	64,—	72,—	80,—						
„ „ „	64,—	72,—	80,—							
„ „ „	72,—	80,—								
„ „ „	80,—									

Jedes Kassenmitglied wird auf Grund seiner
Anmeldung nach dem darin angegebenen Arbeits-
verdienst durch den Kassenvorstand einer Lohnstufe
zugeordnet.

Der Arbeitsverdienst des Kassenmitgliedes wird
niedrigstens nach dem Durchschnitt des Verdienstes
berechnet, den es in den letzten zwölf Wochen,
oder, wenn es der Kasse noch nicht solange an-
gehört, den ein gleichartig beschäftigtes Mitglied
während dieser Zeit bezogen hat.

Wendet sich der Lohn, so lautet das So-
hause mit dem nächsten Zahlungstermin.

Für freiwillig Beitretende, für die sich nach vor-
stehendem ein Grundlohn nicht bestimmen läßt, gilt
folgendes:

Für Gewerbetreibende und andere Betriebs-
unternehmer, die in ihren Betrieben regelmäßig
keine oder höchstens zwei Beschäftigten beschäf-
tigen, gilt als Grundlohn der dreihundertste
Teil des Jahresverdienstes, der vom Vorstand mit
dem Versicherten zu vereinbaren ist.

Eingehende Reicht nicht, so wird als Grundlohn
der dreihundertste Teil des durchschnittlichen Jahres-
arbeitsverdienstes zugrunde gelegt, den ein Arbeiter
des in Betracht kommenden Gewerbezweiges am
Wohnort oder im Kassenbezirk bei regelmäßiger
Beschäftigung erzielt. Der Grundlohn darf 80 M.
nicht übersteigen.

Verdict im Petersdorfer Zwischenfall.
W.B. Oppeln, 18. Mai. (Draht.) Die In-
teraktierte Gerichtshof hat heute das Urteil im
Petersdorfer Zwischenfall gefällt. Danach ist
der Angeklagte Sackel wegen Teilnahme am
Ueberfall und Ermordung des Seiter zu le-
benslänglichem Zuchthaus, Eisenbahnspektor
Krdmer zu acht Jahren Zuchthaus, Wagra zu
zehn Jahren Zuchthaus, Pittil und Malesla we-
gen Ermordung Seilers zu 10 bzw. 5 Jahren
Zuchthaus verurteilt. Moebius erhielt 10 Mo-
nate Gefängnis, der Geschäftsführer des deut-
schen nationalen Verbandes 2 Monate Gefängnis. Die
Angeklagten Urbanek und Buland, gegen die die
Todesstrafe beantragt war, wurden freige-
sprochen.

Ein Auslieferungsgesetz in Vorbereitung.

W.B. Berlin, 18. Mai. (Draht.) Im Reichs-
justizministerium wird ein Auslieferungsgesetz
vorbereitet, welches den ganzen Komplex der
Auslieferungssachen klären soll. In der Haupt-
sache wird die bei jeder Auslieferung immer
wieder auftauchende Frage, ob Reich oder Länder
zuständig seien, ein für alle Mal geregelt. Die
Entscheidung darüber, ob die Auslieferung zu-
lässig ist oder nicht, wird dem Gericht übertragen.
Das Auswärtige Amt hat dann zu entscheiden,
ob die Auslieferung erfolgen soll.

Mischel in Tokio.

W.B. Rotterdam, 18. Mai. (Draht.) Der
Vertreter der Times in Tokio berichtet, daß der
frühere deutsche Kanzler Mischel bei seiner
Ankunft in der japanischen Hauptstadt durch die
Lehrer und Studenten der deutschen Hochschule
empfangen wurde. In Osaka hielt er eine Rede,
in der er sagte, daß Deutschland nicht in der
Lage sei, die geforderte Schadenersatzsumme zu
bezahlen.

Strategische Eisenbahnen.

W.B. Paris, 18. Mai. (Draht.) Bei den
von der Vorkonferenz zur Fertigstellung
verbotenen strategischen Eisenbahnen im besetzten

Gebiet handelt es sich um die Eisenbahnlinie von
Köln nach Malmédy und von Trier nach Luxemburg.
Militärische Sachverständige erklärten, daß
der gestrige Beschluß der Anfang von weiteren
derartigen Beschüssen sei, gewisse Zweifeln
im Saargebiet sollen in nächster Zukunft eben-
falls verboten werden. Die gestrige Entscheidung
der Vorkonferenz wurde einstimmig gefaßt.

Handel und Verkehr.

W.B. Dortmund, 18. Mai. Zum gestrigen Zuch-
und Faselmarkt waren aufgetrieben: 1277 Stück
Großvieh, 306 Schweine, 15 Rinder, 21 Schafe und
10 Flegeln. Der Handel in Großvieh war langsam.
Es wurden bezahlt für Rinder 1. Sorte 17-20 000 M.
(ausgeputzte Tiere mehr). 2. Sorte 13-17 000 M.
3. Sorte 7-13 000 M. Beste Rinder kosteten 1. Sorte
12-14 000 M. 2. Sorte 10-12 000 M. 3. Sorte
6-10 000 M. Am Schweinemarkt war das Geschäft
mittelmäßig. Es fehlten Rinder von 6-8 Wochen
750-1000 M. von 8-10 Wochen 1000-1200 M. von
10-12 Wochen 1250-1500 M. Rinder-
den mit 1000-2500 M. bezahlt. 9
W.B. 18. Mai.

Devisen.			
	17. Mai	18. Mai	
Gold	1128,90	1128,10	1148,90 1151,40
Belgien	201,95	240,05	241,95 248,05
Dänemark	616,25	617,75	657,10 682,90
England	1287,35	1290,05	1315,85 1319,15
Amerika	288,88	289,62	293,63 294,87
Frankreich	268,70	264,30	267,15 267,85
Schweden	554,05	556,15	562,25 568,05

Offizielle Notierung der Bremer
Baumwoll-Börse.
Bremen, 18. Mai, 1 Uhr mittags.
American fully middling good colour and staple
ooo 142,90 (142,60) per Kilo.

Verantwortlich für den politischen Teil Wilhelm
Schäfers, für den lokalen Teil und Teufelstein:
Joh. Lemming, für den Anzeigenteil: Hof-
Kempers.

Bekanntmachung: Amt Dingden.
Die diesjährige Impfung findet wie folgt statt:
in der Schule im Dorf am Montag, den 22. Mai d. J.,
nachmittags 2 Uhr,
in der Schule in Lantern am Montag, den 22. Mai d. J.,
nachmittags 3 Uhr.

Die Nachschau findet wie folgt statt:
in der Schule im Dorf am Montag, den 29. Mai d. J.,
nachmittags 2 Uhr,
in der Schule in Lantern am Montag, den 29. Mai d. J.,
nachmittags 3 Uhr.
Dingden, den 18. Mai 1922.
Der Amtmann.

Bekanntmachung: Stadt Anholt.
Die am 14. Dez. 1921 durch die Stadtverordneten-
Versammlung beschlossene Vergütungssteuerordnung
hat unter dem 30. März 1922 die Genehmigung der
Hochfinanzbehörde erhalten. Die Steuerordnung ist am
Ausgang am Rathaus zur öffentl. Kenntnis gebracht.
Anholt, den 17. Mai 1922.
Die Gemeindebeobachter.
Schulte, Bürgermeister.

Bekanntmachung: Amt Rhede.
Die Hebelisten der Gemeinden des Amtes Rhede
über die Verteilung der Handwerkskammerbeiträge
für das Rechnungsjahr 1922 liegen vom 19. Mai
1922 ab 14 Tage lang auf dem Amtsschreiber zur
Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Anträge auf
Berichtigung der Listen sind während der Auf-
legungsfrist bei dem Unterschaten anzubringen.
Rhede, den 18. Mai 1922.
Der Amtmann
J. B. Dr. Finnefeld, Beigeordneter.

Ein Zwerghühnchen
mit Küken
(rotke Vantam) zu ver-
kaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Ein Stamm
Hühner
(Silberhahn) und ein schönes
Schafstamm
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Eine Glucke
mit 13 Küken
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Schweine
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Schwein
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Schwein
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Schwein
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

auptausfluß des Re